

Geschehen, sondern er steht mit aller Deutlichkeit auch zu Tage, wenn wir die fast durchweg erstaunlich niedrige Zahl der Wahlteilnahme betrachten.

Was das Interesse an diesen gewerkschaftlichen Wahlen ihnen bisher nie besonders stark und mag das begründet liegen in Ueberzeugen, bis im einzelnen hier nicht besonders möglich zu werden brauchen, so lehnen doch die Ergebnisse der Kongresswahlen, sowohl sie bisher stattgefunden haben, doch auch das Partei bislang es noch nicht in dem erforderlichen Maße verstanden hat, aus eigener Kraft beide Massen des ausschlaggebenden Teiles des Proletariats für diese wichtige Lebensfrage zu mobilisieren. Hier sind alle Kräfte einzusiegen.

Die Reformisten haben die Bedeutung dieser Wahlen und des Kongresses leider vollauf erkannt. Sie wissen sehr gut: es geht auch hier um die Sache, um ihren Einfluss, um ihre Existenz. Sie schauten deshalb vor seinem Mittel zurück, und wenn es die Vergewaltigung und der Bruchstaatlicher Rechte der Mitglieder war; wie das drastisch bei den Legislativberatern und im Baugewerbebund beobachtet werden konnte. Unter allen Umständen versuchten sie ihren Plan durchzuführen, nur studentische Reformisten und absolut zuverlässige Tropanten der Bürokraten zu delegieren, oder in der Wahl durchzuführen. Nicht zuletzt ist es ihnen möglich gewesen, dieses Ziel zu erreichen durch die Teilnahmefreiheit breiter Mitgliedermassen der Gewerkschaften, deren Mobilisierung unsere Aufgabe gewesen wäre.

Langsam, aber stetig wachsen die deutschen Gewerkschaften wieder an. Es unterliegt keinem Zweifel — die in den letzten Wochen stattgefundenen Tagungen großer gewerkschaftlicher Organisationen geben dafür den Beweis — zahlmäßig wachsen diese Klassenorganisationen, nicht zuletzt durch die Werbetätigkeit der Kommunisten. Darin darf sich unsere Gewerkschaftsarbeit nicht erschöpfen, doch sie ein platonisches Lippenbekennen der Parteigenossen bleibt. Unser Ziel ist, die Klassenorganisationen zu den Klassenkämpferorganisationen des Proletariats zu machen. Den ideologischen Einfluss auf die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ausüben zu lassen, ist die Voraussetzung, die die Kommunistische Partei zur Massenpartei des Proletariats machen wird.

In zäher und unermüdlicher Kleinarbeit, bei allen Fragen des praktischen Tagessampfes mit den Arbeitern zusammenzustehen, gegen Verlängerung der Arbeitszeit, im Lohnkampf, gegen den Steueraufschub, gegen soziale, wirtschaftliche und politische Reaktion in vorderster Reihe des Kampfes zu stehen, das ist der Weg, der unseren Einfluss in den Gewerkschaften und in den breiten Massen der Arbeiter erhält. An ihm gemessen wird sich zeigen, in welchem Tempo die wirkliche Befreiung der Partei voranschreitet. Das sind die Lehren der Kongresswahlen und die praktischen Aufgaben der nächsten Zukunft.

### Die deutschen Arbeiter in Leningrad

**Leningrad, 15. Juli.** (Eigene Drahtmeldung.) Die von der deutschen Arbeiterchaft nach Sowjetrußland entsandte Delegation ist in Leningrad eingetroffen und wurde von der dortigen Arbeiterbevölkerung mit größter Begeisterung empfangen.

**Moskau, 14. Juli.** (Zapfert-Telegogramm.) Die Ankunft der deutschen Arbeiterdelegation in Leningrad gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung der internationalen proletarischen Solidarität. Um 9 Uhr morgens landete der Dampfer mit der Delegation in Kronstadt, wo sie von den Matrosen der bolschewistischen Flotte und der Gesamtbevölkerung enthusiastisch begrüßt wurde. Unterwegs von Kronstadt nach Leningrad fand an Bord des Dampfers eine Versammlung statt, die einstimmig folgenden Aufruf der Delegation an das Proletariat der Sowjetunion annahm:

„Wir hoffen euch in der Eigenschaft der ersten Delegation der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen unserer proletarischen Freiheit und die Grüße der Arbeiterchaft der deutschen Republik. Wir danken euch zunächst für eure tapferste Unterstützung für die laufende gesamten gehaltenen Proletarier. Trotz der Verleumdungen, die über euch durch die Bourgeoisie verbreitet werden, sind wir zu euch gekommen, um eure wahre Lage kennenzulernen. Als ehrliche Arbeiter wollen wir alles erfahren, was die politischen und logischen Verhältnisse und das Leben der Arbeiter und Bauern in einem Lande betrifft. Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen erwarten von uns, der Arbeiterdelegation, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten besteht, mit größter Unbeduld einen objektiven, wahrheitsgetreuen Bericht über euer Leben und eure Arbeit. Wir glauben und hoffen, daß unter Bezug auf Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Verbindung der Werkstätigen Deutschlands und Sowjetrußlands beitragen wird.“

Unterwegs nach Leningrad tauchte die Delegation Beziehungen mit den nordlohnenden Dampfern. Der Dampfer landete unter mächtigem Gesang der Internationale an Bord und am Lande, wo eine riesiendichte Menge und zahlreiche Delegationen der Betriebe, der Gewerkschaften, der Jugendorganisationen usw. die Delegation beglückt begrüßte. Im Namen der Gewerkschaftsorganisationen Leningrads hielt Kostew die Delegation willkommen und schloß mit einem Hoch auf die Einheit des Weltproletariats. In seiner Ansprache erklärte der Vorsitzende der deutschen Delegation, Freiburger, der deutsche Arbeiter sei stolz, den Boden der ersten roten Hauptstadt zu betreten. Die Menge begrüßte diese Erklärung mit lärmenden Hochrufen und begleitete die Delegation durch die Stadt nach dem Arbeitspalast.

### Frankfurter und belgische reformistische Gewerkschäftsleiter über Sowjetrußland

Gegenwärtig befindet sich eine französische und belgische Delegation reformistischer Gewerkschaften in Sowjetrußland, um die Lebensbedingungen und revolutionären Errungenschaften des russischen Volkes zu studieren. Sie besuchten auch die Stadt Tschernit im Nordkaukasus, wo sie der Presse folgende schriftliche Erklärung aufstellten:

„Wir hoffen sehr, daß die organisierten Arbeiter Sowjetrußlands wirklich höher die Sorgen über ihr Schicksal sind, und wie schwer auch nicht im geringsten an der Dauerhaftigkeit des Sowjetregimes zweifeln.“

„Die Gruppe der Arbeiterklasse mit den Bauern in Russland ist die einzige, die uns auftaucht, das uns aufzeigt,

„die Gewerkschaften am die internationale Einheitsfront der Gewerkschaften“

„Es kann nur eine einzige Sache geben, die die Gewerkschaften nur die Einigkeit gibt dem Proletariat.“

## Geschafft die Einheitsfront zum 26. Juli u. 2. August

**Arbeiter, Klassengenossen!** Der Landesvorstand der Kommunistischen Partei hat die Arbeiterschaft Sachsen zu einer einheitlichen Kundgebung gegen die drohenden Kriegsgefahren, gegen Zollwucher und Steueraufschub am 26. Juli und 2. August aufgerufen. Der Bezirksvorstand der S.P.D. Ost Sachsen hat in folgendem Schreiben die Einheitsfront des Proletariats abgelehnt. Das Schreiben des Bezirksvorstandes lautet:

„Wir bestätigen den Empfang eures Schreibens vom 10. Juli und teilen euch mit, daß unsere Partei selbständige Veranstaltungen in Bezug auf die in der Innern- und Außenpolitik schwebenden Fragen treffen wird. Wir lehnen uns daher nicht in der Lage, eurer Einladung Folge leisten zu können.“

**Der Bezirksvorstand der S.P.D. Ost Sachsen.**

Unter Bezugnahme auf diese Antwort fordert der Bezirksvorstand der Sozialdemokraten die Parteiorganisationen in Ost Sachsen auf, jede Einheitsdemonstration mit den Kommunisten abzulehnen.

**Die belgischen Arbeiter erklären sich als glühende Anhänger der nationalen und internationalen gewerkschaftlichen Einheitsfront.**

Zum Donnerstag stellen sie die gigantischen Anstrengungen zur Hebung der Produktion fest, an denen die Arbeiter alle mit grenzenloser Hingabe einträchtig teilnehmen, erfüllt von einem unerschöpflichen Vertrauen in die proletarische Zukunft und auf das Kommen der Weltrevolution. „Ein wahres Aufbelebter hierzulande in diesem Gebiet, Arbeiterstädte entstehen, ausziehenden Häuschen in schönem Stile, überall moderne Schulen, Spitäler, Kindergarten, Versammlungsräume, Parks zur Erholung usw.“

**Hier wird buchstäblich und wirklich eine neue Welt aufgebaut.**

Als die Delegationen bei Rostow am Don durch die weiten möglichen Gletschertäler fahren, sehen sie Russlands Brucharbeit. Die Arbeiter von Rostow bestreiten die Zerstörungen, die von den Wrangelsoldaten im Solde Willkür und Verbrechen waren. Die Franzosen und Belgier werden überall von herzlichen Arbeitern empfangen. Es fällt ihnen auf, wie starke, bestimmte Fragen die russischen Genossen stellen, die über alle internationales Verhältnisse unterrichtet sind und ein wohlüberlegtes Interesse beweisen.

Auf einem großen internationalen Meeting, an dem 85 000 Gewerkschafter von Rostow teilnahmen, sprachen Mitglieder der Delegationen, ein Franzose und ein Belgier für die gewerkschaftliche Einheitsfront.

„Die laufenden und hohen Gehälter der russischen Arbeiter beweisen, daß trotz aller Schwierigkeiten die materielle Lage des Proletariats gut ist,“ legte der Typograph Cohen aus Dordeux.

Der belgische Kollege Hohn, ein Staatsangehöriger, sprach im Namen der Linken der Belgischen Arbeiterpartei: „Wir sind erstaunt über die Fortschritte, die ihr seit eurer Revolution gemacht habt. Wir werden uns ein Beispiel nehmen an der Organisation eurer Arbeiter und an eurem Wahlspruch:

„Alles für den Arbeiter!“

### Übertritte von Gewerkschaften zur KPJ.

Berichtsleiter des Roten Frontblattes Frankreichs (C.R.F.): Monoussan, Doktor, Konservator, Kritiker, Maler, Schauspieler veröffentlichte in der Sonntagsnummer der Pariser „Humanité“ eine Erklärung, worin sie sich der Kommunistischen Partei Frankreichs beigetreten seien.

Die Haltung der Partei gegen die Regierung, die ihre Aribensversprechen vertraten habe, und die Versorgungen gegen die kommunistischen Parteimitglieder zwingen sie, politisch nicht mehr länger arbeits zu lieben. Sie hätten zwar nie ein Hehl aus ihrer Sympathie für die kommunistische Internationale gemacht, doch seien sie bisher außerhalb ihrer Reihen gestanden. Die Blätter diktieren ihnen nun, nachdem bald 200 Genossen wegen Propaganda gegen den Krieg verhaftet seien, ohne Vorbehalt und ohne weiteren Bezug der Partei ihrer Klasse, der einzigen Partei, die das Vertrauen der Arbeiterschaft verdient, beizutreten.

### Die Sozialdemokraten und unser Parteitag

Den Sozialdemokraten ist unser Parteitag unheimlich. Sie fürchten die geschlossene Partei, sie wollen, der Einfluß der Kommunisten unter den Arbeiternmassen wird steigen. Die Franzosen, die zu uns kamen, als sie glaubten, die Revolution werde schnell und nur bei der KPJ sei etwas zu verdienen, sie haben jetzt bei der KPJ und schreiben gegen die Kommunisten. Sie, die die revolutionäre Bewegung als phantastische Erscheinung betrachten, können keine Sensationen berichten.

Reuter-Kriesland, der erste einer der Radikalen in der KPJ war, dann beim „Vorwärts“ Spezialredakteur gegen die Kommunisten wurde, vermitteilt die Schillerfragten, die Kuffertmittel, die langen Soden. Für die Sorte Schreiberstücke und Litteratur gab es nur einen Kommunismus in kurzen Hosen.

Da der gewöhnliche Radikal schafft, daß die KPJ geschlossen und sich ih, sprechen die Burschen von einem Parteitag der Langeweile. Warum? Sie wollen die Arbeiter loslassen machen. Aber sie irren, wenn sie glauben, damit die Arbeiter von der KPJ zu schaffen. Sie, die nicht wie die Reuter-Kriesland herangeführte waren, um vom Siege des Proletariats zu vernehmen, sondern die in harter, ehrlicher Arbeit für den Sieg des Proletariats kämpfen, werden nicht zu Verzätern werden. Sie wissen, die KPJ ist auf dem Wege des Sieges, sie ist auf dem Wege zur Massenpartei. Und wenn jemand mit dem Kriegsgatten Kriesland sich der Linke Seidenwitz vereinigt, um gegen die KPJ zu stehen, er erkennt man nur erneut die Rolle der „Linken“.

Die Mitglieder der KPJ und die Arbeiter verfolgen die Verhandlungen und Beziehungen des Parteitages mit großer Aufmerksamkeit. Sie werden an Hand der Erfahrungen und Beziehungen die Einheitsfront der Arbeiter herstellen, den Kampf gegen die Reaktion organisieren, die Rolle der KPJ aufzeigen und die Massen zum Sieg führen. Die Bemerkungen der Kriegsgegner zeigen nur deren Furcht vor der erneut einsetzenden Arbeit der KPJ.

Die Partei ist geschlossen, wir marschieren zu neuer Arbeit.

### Die „Dresdner Volkszeitung“ zum Sinowjewbrief

Die „Dresdner Volkszeitung“ verzichtete aus dem Sinowjewbrief einige Zeilen herauszuholen. Besonders triumphierend verkündet sie, daß die Kommunisten bei der Reichspräsidenten wohl einen Sozialdemokraten wählen wollen und daß die Kommunisten bei Abstimmungen Kompromisse machen wollen. Der „Volkszeitung“ wird es nicht gelingen, mit ihrem Geschick die Arbeiter zu täuschen. Die Kommunistische Partei hat die Frage der Reichspräsidentenwahl ja eingehend diskutiert, doch nur noch verlogene und verleumderische Sozialdemokratie die Behauptung aufstellen können. Einwohner sei

Arbeiter, Klassengenossen! Diese Haltung des linken sozialdemokratischen Bezirksvorstandes zeigt deutlich, daß die Sozialdemokraten keine einheitliche Einheitsfront gegen die dem gesamten Proletariat drohenden Gefahren haben wollen. Um so politischer Parteiweise müssen die Sozialdemokratie die Front des Proletariats, zerstören die Arbeiterschaft und Kriegsgefeinde befehlen. Die gesamte Arbeiterschaft muß sofort zu diesem Verhalten der Sozialdemokraten Stellung nehmen. Für die Arbeiterschaft ist es eine Lebensfrage, gegenüber den drohenden Gefahren die einheitliche Front herzustellen. Wenn nicht mit, dann gegen die Führer muß das Proletariat geschlossen aufmarschieren. Schafft in den Betrieben Einheitskomitees für die Einheitsfront der Gewerkschaften! Gegen den imperialistischen Krieg! Gegen Zollwucher und Steueraufschub! Für das Bündnis mit Sovjetrussland! Nie mit den Saboteuren!

**To leben die Solidarität des internationalen Proletariats!**  
**Rückt zum Massenaufmarsch!**

für die Wahl eines Sozialdemokraten eingetreten. Die kommunistische Partei selbst hat erklärt, der Fehler bei der Reichspräsidentenwahl war, daß wir den Sozialdemokraten im Bezugswahlkreis zu leicht gemacht haben, indem wir ihnen nicht den Vorschlag unterbreiteten, um der Erfüllung von bestimmten Bedingungen auf eine eigene Kandidatur verzichten zu wollen. Hätten wir den Sozialdemokraten angeboten, sie hätten die Lütticher Regierung bestimmt, die Unruhe gewährt und die Sprachlosigkeit ausheben, dann wollen wir auf unseren Kandidaten verzichten, dann hätten diese Sozialdemokraten sich als Betrüger entlarvt müssen. Doch uns nichts anderes ist der Vorschlag des Sinowjewbriefes. Vollständig auf dem Holzweg ist die SPD, wenn sie erklärt, daß die Ausnützung der Gegenseite im bürgerlichen Lager bei Abstimmungen im Parlament und auch sonst Koalitionspolitik ist. Die Kommunisten werden eine schmähliche Koalitionspolitik, wie die Sozialdemokraten, nicht machen. Aber sie werden eine Politik betreiben, die zu einer ständigen Entartung der Sozialdemokraten führen wird.

### Die koalitionsfähigen „Lindenten“

Die „Frankfurter Zeitung“, ein führendes demokratisches Organ, beschäftigt sich am Dienstag mit dem Konflikt in der ländlichen SPD. Sie stellt sich dabei natürlich sozialdemokrat auf die Seite der „Rechten“, aber interessant ist, wie sie die „Lindenten“ einschätzt. Die „Lindenten“ behaupten bekanntlich, daß sie von den Bürgerlichen wie die Pfei geholt würden, von wegen ihrer „Klassenkämpferischen“ Einstellung. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt nun, und sie verteidigt wohl damit die Meinung aller Bürgerlichen:

Deshalb ist auch das Veredeln der Linten sozialistisch, mindestens, soweit die Demokraten in Frage kommen, die „Bürgerlichen“ freut sie über die Spaltung. Bedeutend besser wäre es vielmehr, wenn die ganze sozialdemokratische Gruppe hinter dem Kabinett stünde.“

Man sieht, die Bürgerlichen sind gar nicht so erbost über die „Linden“, sie wissen sie schon richtig einzuschätzen. Sie wollen insbesondere, daß die „Linden“ es mit ihrem „Klassenkampf“ gar nicht ernst meinen, wie könnten sie ihnen sonst den Eintritt ins Kabinett anbieten. Und es wäre auch gut, wenn sie die Bürgerlichen, wenn die „Linden“ ins Kabinett eintreten. Die Opposition der „Linden“, die viele Arbeiter noch ernst genommen haben und die deshalb Unzufriedenheit mit dem Kabinett nahmen, der Regierung in die Reihen der Arbeiter traten, würden verschwinden und einer Beeinflussung der Arbeiter durch die „Linden“ im Sinne der Regierungspolitik Platz machen.

Die Auslösung der „Frankfurter Zeitung“ ist, unverzagt, ein Beweis dafür, daß die „Linden“ von den Bürgerlichen nicht für koalitionsfähig anerkannt werden. Eine Anerkennung, wozu jeder sozialdemokratische Arbeiter seine Schläue zeigen sollte.

**Haftentlassung des Genossen Schmidt bekräftigt**  
**Stuttgart, 15. Juli.** (Eigene Drahtmeldung.) Der Landtag hat die Haftentlassung des Abgeordneten Genossen Schmidt beschlossen. Genosse Schmidt hat von drei Jahren Gefängnis die Hälfte abgesessen und befindet sich durch die hohe politische Justiz, seine Gesundheit ist vollkommen hergestellt.

### Befürchtete Angriffe der Rissabalen

Kairo, 16. Juli. Die Angriffe Abd el Krim gegen die französischen Truppen haben in vollem Umfang begonnen. Im Osten haben die alten Stämme in großer Anzahl die französische 1. Division unter dem Kommando von Bob-Morand angegriffen. Es heißt, daß die Angriffe abgeschlagen worden seien. Zugleich sollen die französischen Truppen eine lebhafte Tätigkeit entfalten.

### Die uneinigen Imperialisten

London, 16. Juli. (Telegramm.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses bat ein Abgeordneter seiner Partei um Auflösung über die augenblickliche Situation in China. Chamberlain erwiderte, daß die Demission des britischen Botschaftsrates in der untenstehenden Tabelle aufgestellt ist, die durch das diplomatische Korps in Peking ernannt wurden, um eine Untersuchung über die Vorgänge in Shanghai zu ermöglichen, auf Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, die bei fortwährenden Besprechungen zwischen den Vertretern der beiden entstanden seien. Er hebt aber hervor, daß ihm der Botschaftsrat eine genaue Kenntnis fehle. Weiters erklärte er, daß die englischen Delegierten zur chinesischen Konferenz noch nicht ernannt seien. Es sei noch nicht möglich, zu sagen, wann die Konferenz stattfinden werde. Der britische Minister Evans erklärte auf die Anfrage eines liberalen Abgeordneten, daß er vollkommen darüber im Bilde sei, daß die chinesischen Revolutionäre deutsche Chemiker in die Armee eingestellt hatten und die giftige Gas herstellen ließen. Er sagte dazu, daß er auch genau wisse, daß die chinesischen Parteien russische Sachverständige für chemische Waffen befehligten.

### Für die Solidarität mit den Arbeitern Chinas

Kairo. (Zapfert.) Die Afrikanische Gewerkschaftsinternationale richtete an alle ihre angeschlossenen, sowie mit ihr jenseits der Grenzen zusammenhängenden Organisationen und Minderheiten die Aufrufung in allen Gewerkschaften die Initiative zur Mobilisierung von praktischen Hilfemaßnahmen für die kämpfende Arbeiterschaft Chinas zu ergreifen, zu veranlassen, daß die Gewerkschaftsinternationale deutsche Chemiker in die Armee eingestellt habe und die giftige Gas herstellen ließen. Sie riefen die Gewerkschaftsinternationale mit der Hoffnung, die Internationale Arbeiterschaften und Gewerkschaften auf die gemeinsame Sache einzutreten, mit ihr durchzuhauen und durchzufließen.